



Ausschuss für Schule und Weiterbildung

64. Sitzung (öffentlich)

22. April 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:55 Uhr bis 13:10 Uhr

Vorsitz: Wolfgang Große Brömer (SPD)

Protokoll: Günter Labes

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

- 1 Mehr Chancengleichheit durch verlässliche Gewährung von Nachteilsausgleichen für Schülerinnen und Schüler mit Teilleistungsschwäche**

6

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/5028

Der Antrag ist von der Fraktion der Piraten zurückgezogen worden und somit erledigt.

2 Übergang beeinträchtigter junger Menschen ins Erwerbsleben nicht gefährden – Sonderpädagogische Förderung an Berufskollegs bedarfsgerecht gestalten 7

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5267

Der Ausschuss kommt überein, diesen Tagesordnungspunkt in der heutigen Sitzung nicht zu behandeln.

**3 Bildungsqualität fördern.
Teil 1: Gymnasien in ihrem pädagogischen Auftrag stärken 8**

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/6858
APr 16/849 (Protokoll der Anhörung)

In Verbindung mit:

Benachteiligung der Gymnasien beenden, Vermittlung vertiefter allgemeiner Bildung sicherstellen, pädagogische Arbeit stärken

Entschließungsantrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/6957

Der Ausschuss lehnt den Antrag Drucksache 16/6858 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Piraten gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der FDP ab.

4 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – Landesregierung muss Handlungsbedarf im öffentlichen Dienst erkennen und wahrnehmen 11

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/8113

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag von Monika Pieper (PIRATEN) überein, kein Votum gegenüber dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss abzugeben.

5 Geplante rechtliche Änderungen für den verkürzten gymnasialen Bildungsgang an Gymnasien 12

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2696

Der Ausschuss führt eine ausführliche Aussprache zu den geplanten rechtlichen Änderungen für den verkürzten gymnasialen Bildungsgang an Gymnasien durch.

6 Landesprogramm zur Gewinnung von Lehrkräften an den Berufskollegs 23

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/7156
APr 16/847 (Protokoll der Anhörung)

Der Ausschuss kommt auf Vorschlag des Vorsitzenden überein, diesen Tagesordnungspunkt in der nächsten Beratungssitzung zu behandeln.

7 Schulministerin muss ihrer Verantwortung gegenüber Kindern und Lehrkräften an Realschulen nachkommen 24

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/7779

Der Ausschuss verständigt sich auf Vorschlag des Vorsitzenden darauf, diesen Tagesordnungspunkt für die nächste Beratungssitzung erneut vorzusehen.

8 Sicherheitsförderung im Schulsport 25

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2704

Der Ausschuss sieht diesen Tagesordnungspunkt durch den schriftlichen Bericht, der zudem im Sportausschuss behandelt worden ist, als erledigt an.

9 Verschiedenes**26**

Der Ausschuss kommt überein, zu dem 12. Schulrechtsänderungsgesetz Drucksache 16/8441, das auf der Tagesordnung der nächsten Plenartage steht, im Überweisungsfall eine Anhörung durchzuführen. Als Termin wird der 13. Mai 2015 vorgesehen.

* * *

9 Verschiedenes

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer verweist darauf, das 12. Schulrechtsänderungsgesetz Drucksache 16/8441 stehe auf der Tagesordnung in der nächsten Plenarwoche. Dazu werde vorgeschlagen, eine Anhörung am 13. Mai durchzuführen, zu der jede Fraktion einen Sachverständigen benennen solle. Der vorgesehene Verteilerkreis solle um schriftliche Stellungnahmen für diese Anhörung gebeten werden. Am 17. Juni könnte dann die Auswertung der Anhörung erfolgen, sodass die zweite Lesung im Plenum in einer der Juni-Sitzungen stattfinden könnte.

Yvonne Gebauer (FDP) merkt an, schon vor geraumer Zeit eine Anhörung zum Thema „MINT“ beantragt zu haben, worüber bislang nicht wieder gesprochen worden sei.

Außerdem wünsche die FDP, dass zwei Sachverständige pro Fraktion für die geplante Anhörung benannt werden könnten.

Sigrid Beer (GRÜNE) erklärt sich mit der Bitte nach der Benennung von zwei Sachverständigen pro Fraktion einverstanden und fügt hinzu, im Übrigen bestehe nicht die Absicht, ein Thema beiseite zu schieben. Sie schlage vor, die kommunalen Spitzenverbände und die Religionsgemeinschaften vor die Klammer zu ziehen. – Frau Pieper signalisiert ihr Einverständnis.

Vorsitzender Wolfgang Große Brömer hält fest, die kommunalen Spitzenverbände, die Vertreter der Religionsgemeinschaften und die muslimischen Verbände sollten zur Anhörung eingeladen werden. Außerdem bestehe für jede Fraktion die Möglichkeit, zwei Sachverständige zu benennen. Die anderen Verbände und Einrichtungen des „normalen“ Beteiligungskreises sollten um eine schriftliche Stellungnahme gebeten werden. Die von Frau Gebauer zum Thema „MINT“ gemachte Anmerkung werde in einem Vorschlag aufgegriffen.

Der Ausschuss kommt überein, zu dem 12. Schulrechtsänderungsgesetz Drucksache 16/8441, das auf der Tagesordnung der nächsten Plenartage steht, im Überweisungsfall eine Anhörung durchzuführen. Als Termin wird der 13. Mai 2015 vorgesehen.

gez. Wolfgang Große Brömer
Vorsitzender

20.05.2015/09.06.2015

160

